

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stauffacherstr. 34/35 (Sprache: 6-8 Uhr)
Telefon: Amt Moritzplatz 12570

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Anzeigenannahme: Berlin 311
Stauffacherstr. 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12570)

Der Preis beträgt für Groß-Berlin 3 Pf. monatlich, für den Rest des Reichs 2 Pf. monatlich. Bei Bestellung unter Umständen für Deutschland und Österreich 16.60 Pf., für den Rest des Reichs 12.00 Pf., für die Schweiz 12.00 Pf., für die Türkei 12.00 Pf., für die Türkei 12.00 Pf., für die Türkei 12.00 Pf.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis: Es wird berechnet die regelmäßige Monatsgebühr oder deren Äquivalent mit 4- Pf. Familien- und Organisationsrabatten je nach 200 Pf. netto. - Kleinabnehmer: Der getragene Wert 1.20 Pf., jedoch weitere über 1.00 Pf. bei Familien- und Organisationsrabatten je nach getragene Wert, 75 Pf., jedoch weitere über 40 Pf. netto.

Die Orgeßbande entlarvt

Die Abstimmung in Livorno

Telegramm unseres Spezialberichterstatters.
Livorno, 21. Januar.
Die Abstimmung fand statt. Es entschied sich die Mehrheit der Kommunisten 50 000 Stimmen (35 Prozent der Gesamtstimmen) auf die Einheitskommunisten (Zentralgruppe) 95 500 Stimmen (57 Prozent), auf die Reformisten 13 500 Stimmen (8 Prozent). Die Gesamtzahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei beträgt 216 000.

Der Einigungsparteitag der englischen Kommunisten

"Daily Herald" teilt mit, daß am 20. Januar in Leeds der Einigungsparteitag der verschiedenen kommunistischen Gruppen Großbritanniens stattfand. Die Zusammenkunft der einzelnen kommunistischen Organisationen in England, Schottland und Wales, nebst dem linken Flügel der "Unabhängigsten Arbeiterpartei" zu der einheitlichen kommunistischen Partei Großbritanniens, gewinnt angesichts der ungeheuren angewachsenen Arbeitslosigkeit eine aktive politische Bedeutung.

Die „Iswestija“ über Lenz

Moskau, 18. Jan.
In der „Iswestija“ bekräftigt Stelkoff in einem langen Artikel die Resultate des Kongresses von Lenz. Er bemerkt zunächst, daß der Kommunismus in Frankreich ein solches und wohlüberlegtes Terrain in dem Mittelmeer findet, die seinerzeit unter dem Einfluß des Unversandes gelangt haben. Außerdem hat die sozialistische Partei, oder besser der Kommunismus, wie aus den zahlreichen auf dem Kongress referierten Berichten hervorgeht, auf dem Lande einen immer größer werdenden Erfolg. Was die Diktatur zum III. Internationale betrifft, ist über einstimmige Meinung gegen den Nationalismus, Imperialismus und endlich das Sozialismus. Schließlich ist die wichtigste internationale Aufgabe der Sozialisten die Bekämpfung des III. Internationale. Wie der Delegierte von Ägypten auf dem Kongress erklärte, hat das eingetragene Proletariat in den Reihen der kommunistischen Internationale über die Nationalfrage den wirklichen Ausdruck seiner eigenen Tendenzen gefunden.

Das Resultat der schweizerischen Abstimmung

Wie schon gemeldet, hat die Abstimmung in der schweizerischen sozialdemokratischen Partei 3503 Stimmen für und 10 303 Stimmen gegen den Anschluss an die kommunistische Internationale ergeben. Die „Recht“ knüpft daran den Kommentar, daß ihre Voraussetzung, daß die große Mehrheit der schweizerischen Partei dem Böhm des Parteitagbeschlusses zustimmen werde, eingetroffen sei.
Diese Voraussetzung ist nun festlich nicht eingetroffen. Denn die für den Verneinungsbeschluss abgegebenen 10 303 Stimmen sind nur eine Minorität, nicht einmal ein Viertel der Gesamtstimmen, die über 50 000 Mitglieder zählt. Infolge der äußeren Schwachen Beteiligung sagt die Abstimmung über das Verhältnis zwischen der Arbeiter und der Arbeiterbewegung nicht.
Daß die Beteiligung so schwach war, dürfte nicht an den kommunistischen „Spalter“ liegen, sondern an der Reaktion, die nach bekannten Vorbildern begreiflicherweise alles tat, um die Diskussion zu verwirren und so politischer auf das organisierte Gebiet zu verdrängen, schließlich auch daran, daß für die schweizerische Arbeiterpartei die Diskussion über die Internationale noch nicht vor-

dem brennenden praktischen Interesse ist, wie sie es für die deutschen Arbeiter war.
In Basel hat die Umarmung eine kommunistische Mehrheit ergeben. In Basel sind die Kommunisten durch das Aufspringen von Rats zunächst in die Minorität versetzt worden, und es ist anzunehmen, daß sie dort den Parteiparat verlieren werden.
Die „Recht“ mag sich freuen, in der schweizerischen Partei eine Mehrheit für die Pflichten-Internationale zu finden, in die sie die wichtigsten Schweizer Arbeiter, Pfleger, Müller und Konjunktur mit hineinbringt. Daß diese Mehrheit nicht von Dauer sein wird, daß auch das schweizerische Proletariat sich in die Arme des kämpfenden Weltproletariats eingliedern wird, daß für die Weltwirtschaftskrise, die auch vor der vom Krieg verhängenen Schicksal nicht halt macht, und auch in der Schweiz den Kampf um die Erhaltung der Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf um ihre Wiedergeburt macht.

Konferenz der Reichsberger Linken

(Privattelegramm der „Roten Fahne“).
Reichsberg, 20. Januar 1921.
Der Aktionsausschuss der Linken der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, der auf der Konferenz der Linken am 9. und 10. Januar in Reichsberg gewählt wurde, hielt am 19. Jan. in Reichsberg eine Sitzung ab, die sich mit dem Beschluss des Reichsausschusses vom 17. Januar beschäftigte. Es wurden eine Reihe von Beschlüssen gefasst, um den Streik der Reichsberglinsen entsprechend zu beantworten. Die Beschlüsse gipfeln in einem Manifest, in welchem die Einberufung des Parteitagbeschlusses durch den Aktionsausschuss der Linken angefordert wird, und die Anhänger der Linken aufgefordert werden, im ganzen Reich eine in Lokal-, Bezirk- und Kreisorganisationen aufgebaute Organisation zu schaffen. Die Beiträge nach Reichsberg abzuführen und die rechtssozialistische Presse überall zu boykottieren.

Konferenz der Rechten

Vorgestern fand in Reichsberg eine Konferenz der Rechten statt, an der sich ca. 100 geladene Personen beteiligten. Die Konferenz beschloß, eine rechtssozialistische Kreisleitung zu nominieren; ferner wurde der Beschluss gefasst, die Diktatur, die vorläufig in Händen der kommunistischen Genossen ist, eventuell zu befehlen. Die Konferenz, die durch die Gewerkschaftssekretäre einberufen war, hat keineswegs die Arbeiterchaft hinter sich.

Endlich eine „Aktion“ der britischen Arbeiterpartei für Irland

(ILL) London, 21. Januar.
Die Arbeiterpartei hat am Montag abend in Birmingham ihre Aktion gegen das britische Vorgehen in Irland begonnen. Denbeson hielt eine Rede, in der er sagte, daß die Regierung mit dem Einverständnis verhandeln müsse. Er schlug drei Möglichkeiten für eine verbindliche irische Politik vor. Man müsse den Irländern Vertrauen schenken, die Truppen zurückziehen und die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den lokalen Behörden überlassen. Eine Entschickung in diesem Sinne wurde angenommen. Arthur Denbeson sprach Elynes und der Sekretär der Arbeiterpartei.

Das wahre Gesicht!

Herr von Seede! Aufgepaßt! Wir sind wieder da! Wir haben Ihnen gesagt, daß wir Ihnen Gelegenheiten geben, Ihren Latenzbrang zu beweisen. Es wird Ihnen nicht unklar sein, daß das Objekt so ist, daß auch ein General sich bemühen darf.
Dieses Dokument gibt die Erklärung für vieles, was in den vergangenen Tagen und Wochen geschah. Warum der Plücker mordete, warum die Sippe in Flensburg auf absteigende Arbeiter schickte, warum der Hauptmann Jansen schickte, warum bei Löwe die Arbeiter aus den Betrieben flohen, warum bei Thyssen, in den Rotawerken die Arbeiter eines Morgens vor verschlossenen Fabrikportalen fanden, warum in allen Ecken des Reiches alles geschah, um die Arbeiter aus dem Blut zu reizen. Die Orgeßbanden warten auf den Tag der Ernte und sie wollen, daß die Arbeiterkraft ihnen die Gelegenheit liefert, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.
Dieses Dokument erklärt alles. Es erklärt, warum in diesen Tagen mit erneuter Wucht das Geschrei von der „Roten Armee des Westens“ sich erhebt, warum der General von Seede seine Sachen zu den Kommunisten schickt. Es erklärt, warum der Minister Koch zum Sturz gegen die Kommunisten ruft und selbst die Schamlosigkeit hat, die Lebebonische Schamlosigkeit von der „kommunistischen Arbeiterzentrale“ nachzufragen.
Und nun? Braucht der General Seede mehr als das, was dieses Dokument ihm bietet? Es ist eine Arbeit von solch militärischer Erfahrung, solch gelehrter Organisationsarbeit, solch Eifer und Knappheit der Sprache, solch Gemeinheit der militärischen Wendungen, daß man getrost sagen kann: man erkennt an der Lage den Muthund.
Das Dokument verrät alles. Es verrät die illegalen Pader, es verrät die Verhörung mit Waffen, trotz Friedensvertrag und „Entwaffnungs“kommissionen, es verrät die enge Verbindung mit Reichswehr und Sippe, wo noch immer die alten Gauner „auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ stehen, es verrät den Sturz der gegebenen und den Vorwurf der Ludendorff-Regierung „mit diktatorischen Mitteln“ unter Vermeidung „des Unschelms“ des Muthundes, daß alles Komplett ist. Der General von Seede kann jetzt beweisen, wie seine Majestät und sein famoses Kriegsgericht klappen.
Man kann jetzt sehen, ob Seede's Spione nur auf Proleten dressiert sind, oder ob sie auch an „bessere Leute“ herangehen.
Das werden wir jetzt haarklein sehen, wenn General Seede das folgende Dokument gelesen haben wird, das nebenstehendem Schreiben als Anlage beigelegt war.

Hier die Dokumente:

I.
(siehe nebenstehendes Fassimile)

II.

Vaterländische Königspartei
Geschäftsstelle I
S. J. Nr. 143
Berlin, den 11. Januar 1921.
Betrifft Vorschriften bei Eintritt eines Kom. Putzsch.

a) Allgemeines.

Im Einverständnis mit den Königsparteien Bayerns und Sachsen und der Selbstschutzorganisation „Eiserne“ (Orgesch) geben wir hiermit folgende allgemeine und anstehende Befehle der Verhaltungsmaßregeln für den zu erwartenden Besatz der kommunistischen Organisationen, sich in den Besitz der staatlichen Macht zu setzen.

In Anbetracht dessen, daß die Monate Januar, Februar und März bis jetzt immer die Monate gewesen sind, in denen die Kommunisten bis jetzt immer die lebhafteste Tätigkeit haben, und daß bis zum März unsere Vorräte an Lebensmitteln aufgebraucht sein werden, teils durch eigenen Verbrauch, teils durch Verschwendung nach dem Auslande, was unbedingt eine Steigerung der allgemeinen Kosten für den Lebensunterhalt mit sich bringen wird, sind für den Monat

März sicher Urnahmen der Reichslisten zu erwarten, die sich leicht von den Kommunisten werden ausnützen lassen. Wir müssen aber, unserer Aufgabe, die wir uns unter dem Namen Königspartei gestellt haben, gerecht werden und auch davor nicht zurückweichen, heranzugehen allgemeiner zu provozieren.

Vaterländische Königspartei Geschäftsstelle I

S. J. Nr. 143

U. Dem

Bez.- Hauptmann Lesser

Flauen, Vogtl.
Puerstanstrasse 48

Zur Kenntnisnahme und evtl. Belehrung der Mannschaften.

I. A. dv. L. - H.

W. A. L.

Geschäftsführer



Wer werden dies nicht allzu schwer erreichen können durch kleine Notizen, die in unserer Presse gebracht werden,

durch Entlassung von Arbeitern und Ausperrung der Betriebsräte in den uns angeschlossenen Werken usw.

Im äußersten Falle wird in Berlin eine Aktion stattfinden, man wird die Regierungsgedächtnisse, Post, Bahn usw. besetzen. Das Unternehmen wird dieses Mal glänzend sein, weil

Reichswehr und grüne Polizei geschlossen mit uns gehen werden. Die mit den maßgebenden Stellen der Reichswehr und grünen Polizei getroffenen Vereinbarungen sind die allgemein bei den Formationen herrschende Stimmung berechtigt um dieser Ursache. Es ist nun Sache der einzelnen Stellungsleiter der uns angeschlossenen Organisationen, nach unserem Eingreifen (worüber anschließende Sonderbestimmungen ergehen) jede Widerstandskraft durch äußerste Energie sofort im Keime zu ersticken. Der unbedingte Gehorsam aller Wehrdienststrafe muß unter allen Umständen erzwungen werden. Es muß sich jeder einzelne Führer darüber klar sein, daß mit dem Augenblick unseres Eingreifens die Regierungsgewalt auf uns übergegangen ist.

Nur durch Erziehung einer vorläufigen Diktatur kann Ruhe und Ordnung erhalten werden. Aber jeden einzelnen Bezirk ist sofort der Ausnahmestatus zu verhängen. Alle öffentlichen Lokale sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen; alle Zivilpersonen haben mit Eintritt der Dunkelheit in ihren Wohnungen zu sein; die Detachments sind durch starke, häufige Patrouillen abzugehen;

jede Person, die zum Stillstand auferfordert, jeder Arbeiter, der streikt oder in passiver Weise verhält, wird innerwärts vier- undzwanzig Stunden durch ein sofort zu bildendes Standgericht abgerichtet und erschossen;

Jeder Versuch des Mähnens oder eines sonstigen Verbrechens wird mit Erschießen an Ort und Stelle geahndet; auf Straßen oder Plätzen dürfen nicht mehr als zwei Personen zusammenstehen oder gehen. Im Sinne dieser Bestimmungen sind sofort nach Übernahme der Gewalt Proklamationen zur Kenntnis der Bevölkerung zu erlassen; es ist den Bezirkskommanden unbenommen, in den einzelnen Distrikten die Bestimmungen zu verschärfen oder zu mildern; je nach der Lage ist energisch zu handeln.

Für den Fall des Mißbrauchens der Waffen sind dieselben bereit zu verteilten, daß jede Person in unseren Diensten immer nur eine Schutzwaffe besitzt, also entweder Revolver oder Gewehr. Dabei ist darauf zu achten, daß Wägen, Posten, Patrouillen und Leute, die sich in Bereitschaft befinden, stets mit einem Gewehr ausgerüstet sind. Geschäfte, Minenwerke, Granatwerfer, Maschinengewehre usw. sind an beherrschenden Plätzen unter guter Beobachtung aufzustellen. Vorbereitungsweise sind an unsere Leute jetzt schon Personalausweise mit dem Vermerk zur Erlaubnis des Waffenhaltens auszugeben. Alle übrigen Personen werden, sobald sie mit der Waffe in der Hand betroffen werden und dieselbe auf Anruf nicht sofort hinterlegen, auf der Stelle, ohne Aburteilung erschossen. Selbstverständlich sind alle sich nicht in unserem Besitz befindlichen Waffen sofort zu beschlagnahmen und an sichere Plätze zu überführen. Zu beschlagnahmten sind außerdem: sämtliche Automobile, Motorräder, Borräte an Betriebsstoffen dazu, je nach Bedarf: Lebensmittel in Stab- und Bombtreifen, Felle, Wagen und sonstige zur Ausrüstung der Truppe gehörigen Gegenstände. Dabei ist darauf zu achten, daß für jede Beschlagnahme eine genaue detaillierte Quittung ausgefertigt wird, die nur vom Bezirkskommando oder dessen Bevollmächtigten unterschrieben sein darf. Beamte der staatlichen und städtischen Behörden sind bei Bereitwilligkeit in ihren Ämtern zu belassen. Widerrechtliche Weantme sind sofort, evtl. durch Gewalt, zu entfernen und durch Leute, die von zuverlässigen Beamten vorgeschlagen sind, zu ersetzen. Es ist auf jeden Fall darauf zu achten, daß die Umwälzung ruhig und ohne unnötiges Blutvergießen und Zerstören von Werten vor sich geht. Die Anordnungen und Befehle der letzten Regierung in Bezug auf Ordnung, Zahlung von Gehältern, Einziehung der Steuern, Vorkehrungen über Handel und Gewerbe, Verkehrsbahn, Gerichtsbarkeit usw. bleiben in Kraft solange, bis andere Verfügungen durch uns erlassen sind. Das Stand- (Militär-) Gericht hat nicht in die allgemeinen Befugnisse der Zivilgerichtsbarkeit eingzugreifen. Nur Personen, die gegen die anlässlich des verhängten Ausnahmezustandes erlassenen Proklamationen verstoßen, sind durch das Militärgericht im Sinne dieser Bestimmung abzuurteilen. Vom Tage der Übernahme der staatlichen Macht durch uns sind alle Steuerklasse und Neuerwerbungen der Ehere- und angeschlossenen Regierungen der einzelnen Staaten unzulässig; nur die mit unserem eingehenden Siegel versehenen Anordnungen sind strengstens zu befolgen und durchzuführen. In Zweifelsfällen oder beim Verdacht einer Fälschung ist durch geeignete Personen an zuständiger Stelle Erkundigung einzuziehen. Es ist auf jeden Fall zu vermeiden, vorzeitig ohne unseren Befehl, das Unternehmen durch Fälschungen zu gefährden, auch wenn die Kommunisten in einer einzelnen Stadt unabhängig vom Reich, zur Macht gelangen sollten.

(Stempel)

V. R. P. Geschäftsstelle I.

b) Einzelbestimmungen.

Alarmbefehl

1. Der Alarm-Befehl wird an die einzelnen Bezirkskommande telegraphisch übermittelt; um zu vermeiden, daß in Berlin gleichlaufende Telegramme in größerer Anzahl ausgegeben werden, erhalten die Befehlsträger verschlüsselten lauteuden Inhalt. Die maßgebenden Worte darin sind „**War!**“ und „**10 Prozent!**“ Falls infolge der zu erwartenden kommunistischen Unruhen der Telegraphenbetrieb gestoppt wird, der Alarmbefehl durch unsere Boten, die mit unserem versehenen Ausweis versehen sind, mittels Auto oder Eisenbahn mündlich überbracht. Der Tag des Empfanges der Alarmnachricht gilt als erster Alarmtag, und hat von diesem Tage an, gemäß den Bestimmungen der Drogen, niemand unserer Leute mehr den Wohnsitz zu verlassen und sich in Marschbewegungen zu halten.

Mitonsbefehl

2. Der Mitonsbefehl wird je nach Lage genau so übermittelt werden, wie der Alarmbefehl. Das maßgebende Telegramm lautet: **Sigung am fällt aus.**

Der Fortaub.

Der Tag des angegebenen Datums gilt als erster Handlungstag. Für den Fall der Unmöglichkeit, Alarm- oder Mitonsbefehl, oder einen von beiden, oder beide zu geben, gilt der Augenblick des Bekanntwerdens der Besetzung der Regierung- und öffentlichen Gebäude Berlins als Augenblick des Handlungsbegins.

Bewaffnung

3. Die meisten unserer Leute sind schon jetzt im Besitze von Feuerwaffen, seien es Infanteriegewehre im Original oder zum Raubwehr umgearbeitete Infanteriegewehre.

Wer Gelegenheit hat, eine brauchbare Waffe zu kaufen oder zu erlangen, hat dieselbe gegen Quittung zu kaufen und sich den Betrag beim zuständigen Bezirkskommando gegen Vorkasse der Waffe zurückzahlen zu lassen. Auch wer bereits im Besitze einer Waffe ist, hat jede Gelegenheit zum Verkauf einer solchen wahrzunehmen. Zur verfügbaren Waffe dürfen mehrere Waffen in ihrer Dose mitnehmen und haben diese selbstverständlich am Handlungstage an den Sammelplatz mitzubringen. Dieselben Bestimmungen gelten für den Erwerb von Munition. Bei nicht ausreichender Bewaffnung haben sich die Bezirkskommande zur rechten Zeit mit dem in eigenen Bereich befindlichen Formationen der Reichswehr und grünen Polizei in Verbindung zu setzen. Im Falle des absoluten Fehlens von Waffen ist unserer Geschäftsstelle I. rechtzeitig Mitteilung zu machen, mit Angabe der Detachments, an welche die eventuelle Vorkasse der Waffen oder Munition erfolgen kann. Bezirkskommande, die Waffen abgeben können, haben diese durch einen mit Ausweis versehenen Boten mündlich unserer Geschäftsstelle I. zu melden.

Verpflegung

4. Jeder Mann der Drogen- und angeschlossenen Organisationen hat bei seinem Eintritt 100 M. zu erhalten. Dieser Betrag gilt als Verpflegungsgeld für die ersten drei Tage. Es hat jeder Mann dafür zu sorgen, daß er vom 1. März ab für diesen Betrag haltbare Lebensmittel im Hause hat, so daß die Bereitschaft eine fähige ist. Wo nicht der einzelne Mann, sondern der Gruppenführer im Besitze des Geldes für alle seine Leute ist, hat derselbe am 1. März die Beträge auszugeben und dafür Sorge zu tragen, daß jeder einzelne Mann seine Einkäufe entsprechend erledigt. Bei Beschlagnahme von Lebensmitteln für die nachfolgenden Tage wird auf die Bestimmungen im vorhergehenden Abschnitt hingewiesen. Eine Verschärfung der Knappheit von allgemeinen Lebensmitteln braucht nicht geahndet zu werden, da, ähnlich wie beim Kapp-Unternehmen, die uns angeschlossenen Bauernschaften, Großgrundbesitzer und Großkaufleute Lebensmittel zu billigen Preisen auf den Markt bringen werden. Die Löhnung wird gegen Quittung von der zuständigen Reichsbankstelle oder Nebenstelle erhoben.

Unterkunft

5. Die Unterbringung der Mannschaften hat in möglichst großen Abteilungen in großen Räumen zu erfolgen. Das dazu nötige Material ist entsprechend den vorhergehenden Allgemeinbestimmungen zu beschlagnahmen. Es ist jedoch zu erwarten, daß, eventuell mit Hilfe eines Aufzuges, die freiwillige Vorkasse von Material aus bürgerlichen Kreisen eine ergiebige sein wird. Gruppen-, Zug- und Kompanieführer sind im gleichen Gebäude wie die ihnen unterstellten Verbände unterzubringen. Die Quartiere bleiben durch häufige Patrouillen in ständiger Verbindung untereinander. Für den Wachtposten ist während des Krieges für Feindesland erlassene Befehle und Bestimmungen.

Ausrüstung

6. Infolge vorläufigen Mangels an Ausrüstung, bleibt es jedem Manne unbenommen, sich aus seinen eigenen Beständen möglichst praktisch einzurüsten, wofür späterhin Ersatzabgaben gesammelt werden. Nötigenfalls sind die Bestände der Reichswehr und grünen Polizei nach Einvernehmen mit den örtlichen zuständigen Stellen anzugehen. Jeder Mann ist mit einem persönlichen Ausweis (siehe Allgemeinbestimmungen) zu versehen und hat am linken Arm eine schwarz-weiße Binde zu tragen. Die Binde sind im weißen Felde mit dem Siegel des Bezirkskommandos zu versehen.

Einteilung

7. Die Einteilung erfolgt nach Maßgabe der Friedensarmee-einteilung in Gruppen, Züge und Kompanien. Alle Kompanieführer unterleben direkt den zuständigen Bezirkskommanden der Drogen. Die weitere Einteilung wird späterhin erfolgen. Die Grababzeichen werden wie folgt geregelt: Gruppenführer 1, Zugführer 2, Kompanieführer 3, Bezirkskommandant 4 weiße, schmale Streifen am rechten Unterarm.

Das Unternehmen

8. Bei Bekanntgabe des Aktionsbefehls haben die Bezirkskommande sofort ihre Unterführer zu benachrichtigen und diese wieder ihre Leute. Das Sammeln erfolgt an einer bereits vorher bestimmten Stelle außerhalb der Drogenstadt. Bei größeren Drogenaktionen sind möglichst die internen Abteilungen fertig zu machen, so daß bei Tagesanbruch das Unternehmen fertig ist und womöglich schon die Bekanntmachungen erlassen sind. Der Einmarsch hat möglichst schnell, geschlossen, gegebenenfalls mit Kraftwagen zu erfolgen, bei mehreren Sammelstellen konzentrisch, sofort zu bestehen sind: Post, Bahnhöfe, Regierungen, Gebäude, städtische Verwaltungsgebäude, Banken, Kassen, Lebensmittel- und Bekleidungsdepot und Armees, Gefängnisse usw. Die Kart zu belassenden Wachen haben sich in steter Bereitschaft zu befinden und jeden Gegenangriff sofort ohne Warnung mit Waffengewalt abzuwehren. Wichtige Straßenzugänge und Plätze sind ebenfalls zu besetzen (siehe Allgemeinbestimmungen). Eventuelles Aufkommen und Gruppenbewegungen der Städte durch Arbeiter ist unter allen Umständen zu verhindern. Durch Patrouillen sind verdächtige erscheinende Autos und Fuhrwerke zu untersuchen. Bei jedem Verdacht sind Hausdurchsuchungen vorzunehmen und bei Begründung mit aller Strenge auszuführen. Es bleibt den Führern unbenommen, bei gegebener Sachlage seine Handlungen zu verschärfen; jede diktatorische Maßnahme wird bei Begründung von uns anerkannt werden, jedoch soll nicht der Verdacht des Blutbades erweckt werden.

Freiwillige

9. Bei nach der Aktion sich neu meldenden Freiwilligen ist mit äußerster Vorsicht zu verfahren. Personen, die zweifelsfrei der kommunistischen oder einer anderen angeschlossenen Organisation angehören, sind glatt abzuwehren. Bei Meldung mit Waffe oder Munition sind dieselben zu beschlagnahmen. Verdächtige Personen können verhaftet werden zum Arbeitsdienst ohne Waffe herangezogen werden. Bei einer verdächtigen Handlung erfolgt sofortige Entlassung, im schwerwiegenden Falle erfolgt strenge Bestrafung durch das Militärgericht, eventuell kann auch Todesstrafe eintreten.

Verteilung der Kräfte

10. In den Bezirken, in denen schon jetzt oder durch späteren Zuwachs geschlossene Kompanien übrig sein sollten, haben die Bezirkskommande die Formationen nach den anschließenden näher bezeichneten Sammelplätzen in Marsch zu setzen. Der Marsch erfolgt, falls mit Bewaffnung, geschlossen; falls eine kleine Minorität nicht bewaffnet ist, marschiert dieselbe im Schutze der größeren bewaffneten Abteilung. Unbedingte Anweisungen sind gruppenweise, unter Führung des Gruppenführers, auf verschiedenen Seitenwegen nach dem Sammelplatz in Marsch zu setzen. Auf den Sammelplätzen befindet sich eine von uns rechtzeitig eingerichtete, durch Schild kenntlich gemachte Sammelstelle, welche die eintreffenden Leute

formiert und nach unseren direkten Anweisungen im Marsch setzt. Die eventuelle nötige Bewaffnung erfolgt an unseren Sammelstellen. In Reichswehr und grüne Polizei ergehen Sonderbestimmungen, die in den Sammelstellen siehe Anhang.

Die Bezirkskommande werden aufgefordert, mit den in ihrem Bereich befindlichen Kommandostellen der Reichswehr und grünen Polizei im Sinne unseres Unternehmens in Verbindung zu treten und über die gewonnenen Einblicke bis 10. 1. 21 Meldung hier zu erstatten. Die Meldung ist als „Geheim“ zu behandeln, wenn irgendbündlich, persönlich zu erstatten.

Gilt für Bayern

Infolge der mehr als ausreichenden Bewaffnung der uns angeschlossenen Organisationen und der Kraftstärke derselben (Drogen, Einwohnerwehr usw.) haben die bayerischen Formationen der Reichswehr besondere Befehle erhalten. Diese Truppen greifen nur im äußersten Notfalle ein und setzen zur anschließenden Verpflegung unserer Geschäftsstelle I. in Berlin. Überflüssige Waffen sind an die Reichswehrformationen dort abzugeben.

Die im Verhältnis schwächeren Kräfte in den Industriegebieten werden durch schleunigste Anfuhr und Verstärkungen ausgleichend werden.

Sonstiges

11. Der weitere Verlauf wird seiner Zeit durch neue Befehle geregelt werden. — Es ist sofort darauf zu achten, daß die Leute ein geteiltes, anhängliches Benehmen bei bestimmtem Auftreten zur Schau tragen. Die Leute sind zu unterrichten, daß sie mit Beginn der Aktion unter die Befehle gültigen gewesenen Krieges treten und Vergehen nach diesen Befehlen durch die Militärgerichte bestraft werden.

Die Lösung des ersten Tages besteht:

Mit Gott für König und Vaterland
ges. Lubendorf ges. Revenflow ges. Eicherich
ges. Bishum v. Eckardt
J. u. v. Wilkowski

Anhang

Bezirk Gumbinnen Sammelplatz Solmingkehmen; Insterburg: Gerbau; Königsberg: Orenburg; Allenstein: Hohenstein; Sensburg: Arns; Psk. Arns; Elbing: Dr. Holland; Stolp (Pom.): Budow; Köslin: Bohnow; Neustettin: Tempelburg; Kolberg: Dargischlaff; Stargard: Jachow; Landsberg (Warthe): Königs- wald; Jülich: Königs- wald; Gumbinnen: Gumbinnen (Schlesien): Gumbinnen; Sagan: Kausch; Hirschberg: Wamburn; Liegnitz: Parschowitz; Breslau: Bamsch; Schweidnitz: Charlottenbrunn; Stettin: Wieraden; Frankfurt (Oder): Müllrofe; Cottbus: Burg; Gorky; Wippt; Dresden: Pulwitz; Chemnitz: Friedmannsdorf (Bayern); Zwickau: Friedmannsdorf (Bayern); Plauen: Friedmannsdorf; Leipzig: Borna; Neubrandenburg: Lyden; Fallenberg: Schönmade; Nordst.: Malsch; Schwert: Parsch; Klaf: Wrensdorf; Lübeck: Dahlenburg; Rathenow: Schmin; Wittenberg: Cossig; Magdeburg: Bellingen; Halle: Salzünne; Erfurt: Weiba; Eisenach: Dchraf; Hamburg: Harfelf; Bremen: Rodwinfel; Oldenburg: Scharral; Hannover: Springe; Minden: Diepenau; Münster: Freren; Dortmund: Ofen; Bielefeld: Fürstent; Gassel: Hadesgen; Fulda: Ziegenhain; Siegen: Wleber; Samar: Deb; Coburg: Friedrichshall; Hof: Friedmannsdorf; Altmberg: Auerbach; Regensburg: Neuburg; Bamberg: Rothenburg; Würzburg: Buzberg; Heilbronn: Weilstein; Stuttgart: Böbling; Donaueschingen: Spalchingen; Ulm: Laichingen; Memmingen: Reilmung; Augsburg: Monheim; München: Starnberg; Landshut: Neufahrn; Traunstein: Trostberg; Passau: Eichendorf.

Politische Uebersicht

Die Regierung gegen Sowjet-Rußland
Zwei Katastrophen bezeichnen am besten die Politik der deutschen Regierung.

In Paris hat sich der Staatssekretär Bergmann bereit erklärt, auf Grund der französischen Vorschläge und unter den bekannten 5 Voraussetzungen der deutschen Regierung das Wiedergutmachungsgesetz abzugeben, daß die deutsche Wirtschaft unter die Kontrolle der Entente stellt, und der deutschen Bourgeoisie nur die Freiheit läßt, noch weiter Profit aus der Zerstörung der deutschen Wirtschaft zu schöpfen, und noch weiter und noch mehr das Proletariat zu knechten.

Im deutschen Reichstag hat die deutsche Regierung durch den Mund des Außenministers Simons verkündet lassen, daß sie es ablehnt, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen, zur dem einzigen Land, das sich heute schon auf dem Wege zum wirklichen Wiederaufbau befindet.

Beide Tatsachen zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie heute um den Preis ihrer eigenen Erhaltung und der weiteren Unterdrückung des deutschen Proletariats zum Anrecht der Entente-Revolutionen genötigt ist, müßig morgen schon als ihr Scherz gegen Sowjetrußland ins Feld zu ziehen. Die Ablehnung der Beziehungen zu Sowjetrußland zeigt ebenso, wie die Interniertenfrage, daß die Kehrhandregierung sich vollständig ins Schlepptan der Konterrevolutionäre befindet, die um jeden Preis den Konflikt mit Sowjetrußland suchen.

Mag auch Herr Simons als Grund für die Ablehnung diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland angeben, daß die Ermordung des Grafen Mirbach noch nicht geklärt ist. Es ist dies ein Scheingrund; denn, wenn man alle Rechnungen aufdecken will, so ist es die deutsche Regierung, die Verurteilung zu leisten hat: Da sind die Beschlüsse, die Sowjetrußland durch den Vertrag Friedensvertrag erlassen hat, da sind die Kaufgüter, die die deutschen Militärs noch nach Abschluß des Vertrag Friedens in Rußland und der Ukraine unternehmen haben, und da sind endlich die bestialischen Terrorakte gegen die internierten Rotarmisten, die noch jetzt andauern.

Ein anderer Grund scheint für die deutsche Regierung maßgebend gewesen zu sein. Herr Simons kürzt nämlich die bolschewistische Propaganda. Die Regierung scheint aber die Propaganda der russischen Weizsäcker nicht zu fürchten, denn sie unterstützt sie mit allen Mitteln.

Die deutsche Regierung hat also nur den einen triftigen Grund, weshalb sie die diplomatischen Beziehungen zu Rußland ablehnt! Sie ist der Rakai der deutschen, russischen und französischen Weizsäcker, die, wie die Lubendorfsche zeigt, sich zusammengedrückt haben und zu Laten rufen.

ist ein Eingeständnis dessen, daß die Beziehungen zu Rußland für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unumgänglich sind. Aber die deutsche Bourgeoisie zieht es vor, sich in die Knechtschaft der Entente zu begeben, und die deutsche Wirtschaft weiter zu zerlegen, denn sie wittert in den Beziehungen zu Rußland Gefahr für ihre Existenz als Klasse.

So zeigt die Erklärung der deutschen Regierung dem Proletariat, daß es zu Wiederaufbau und Frieden nur kommen kann, wenn es den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnimmt. Nur dann kann das deutsche Proletariat verhindern, daß Deutschland zur Basis der Friedensoffensive gegen Sowjetrußland wird, nur dann kann es den zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nötigen Anschluß an Sowjetrußland erreichen.

Von Dir ist die Rede

Der Landesvorstand der U.S.B. Sachsen hat Entschuldigungen über die Wiltung der U.S.B. in Sachsen veröffentlicht. Danach ist die Drgesch eine geheime militärische Organisation, die von den Organisationen der Junker, Studenten und Offiziere unterstützt wird.

Die Bekleidung und Bewaffnung der Drgesch, die in militärische Verbände eingeteilt ist, erfolgt aus den Beständen der Reichswehr.

Die gesamten Kosten werden aus Reichsmitteln bestritten. Die U.S.B. Regierung unterstützt also den konterrevolutionären Geheimrat.

Was aber weiß die U.S.B., weiß die „Freiheit“ angesichts dieser Tatsachen zu sagen? Sie stellt nur fest, daß diese konterrevolutionäre Richtung sich im Gegensatz zum Volkstum von Spa befindet. Die „Freiheit“ kennt als Mittel gegen die Drgesch nur die Demagogie bei der Entente. Sie appelliert nicht an das Proletariat, weil sie den wirklichen Kampf gegen die Drgesch scheut.

Die Unabhängigen verweigern ganz, daß in demselben Sachsen Unabhängige in der Regierung sind. Was tun diese Unabhängigen? Hat schon einer der unabhängigen Minister etwas gegen die Drgesch unternommen?

Soviel bekannt, hat sich die Energie des Herrn Spinnaker bisher nur gegen demonstrierende Arbeitelose gerichtet. Die „rein sozialistische“ Regierung, die jetzt von den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten als das Mittel gegen die Drgesch in Preußen empfohlen wird, hat der Drgesch in Sachsen ebenfalls geholfen und ebensoviel geschadet, wie alle vorigen Regierungen.

Wenn die Unabhängigen jetzt ein solches Geschrei gegen die Drgesch erheben, so richten sie sich nur selbst; denn sie, die die Bildung einer einheitlichen Kampffront der Arbeiterschaft gegen die Konterrevolution zu verhindern suchen, die den wirklichen Kampf gegen die Drgesch ablehnen, sind nichts anderes, als die Helfer der Drgesch.

Die Drgeschjustiz

Die deutsche Justiz arbeitet.

Vor dem Regensburger sogenannten Volksgericht wurde der Kommunist Bloch wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Bloch ist schon vorher in München zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden.

In Waldenburg in Schlefien aber werden die Führer der Drgesch aus der Haft entlassen.

Was sind diese Richter anders als Schergen der Drgesch? Es braucht niemand das Proletariat zum Klassenhaß aufzureizen. Diese Herren Richter tun es selber, indem sie dem Proletariat zeigen, daß ihr Recht, ihre Berechtigung nur der Gewalt der Bourgeoisieklasse dient.

Für bürgerliche, aber gegen proletarische Demokratie

Daß wir Kommunisten mit „Wit, Schlauheit usw.“ vorgehen, das möchte für die Mehrheitssozialisten noch hingehen. Aber daß wir so respektlos von der Demokratie sprechen, das findet der „Vorwärts“ und seine Freunde unverständlich. Demokratie ist für den „Vorwärts“ das oberste Gesetz. Daran hält er fest, unerschütterlich, mag das im konkreten Fall ihm und seinen Freunden unangenehm sein oder nicht.

Da nun — was niemand bestreiten wird — das Vorgehen der Bauern und Gewerksamen mit den Gesetzen der Demokratie im schärfsten Widerspruch steht, rafft sich der „Vorwärts“, — konsequent, wie er nun einmal ist — zu einer geharnischten Verteidigung der Demokratie auf. Man lese:

„Dem organisierten Terror, dem rücksichtslosen Vorgehen der Gewerkschaftsdemokratie muß die organisierte Abwehr entgegengekehrt werden. Nur so ist es möglich, die Einheitsfront der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und sie ihrer Aufgabe: gesellschaftlicher Kampf gegen das Unternehmertum, wieder zuzuführen.“

Das nennt man Grundfestigkeit, wird der Leser denken. Die Sache hat einen Haken. Die Kampfanfrage des „Vorwärts“ richtet sich nicht gegen die Gewerkschaftsbürokratie, sondern gegen die Kommunisten. Wir haben in dem zitierten Satz ein Wort geändert und statt „Anhänger Moskaus“ Gewerkschaftsdemokratie gesetzt.

Und dennoch hat es mit der Grundfestigkeit des „Vorwärts“ seine Richtigkeit. Er ist nämlich für die bürgerliche Demokratie und — im Gegensatz zu Georg Lebehour, der eine Diktatur ohne Terror will — ist der „Vorwärts“ für den allerhöchsten Terror, wenn es gilt, die bürgerliche Demokratie und ihre Stütze, vor allem die Gewerkschaftsbürokratie, zu verteidigen. Mit der bürgerlichen Demokratie ist aber die proletarische unvereinbar. Bei den heutigen Verhältnissen ist es der Anfang vom Ende für die bürgerliche Demokratie, wenn sich erst der Wille der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Verbänden Geltung verschaffen kann, wenn die Führer gezwungen sind, das zu tun, was die Mitglieder wollen.

Es ist sonach ganz klar, daß der Getreueste unter den Handlangern des Kapitalismus, daß der „Vorwärts“ jeden Schlag gegen die proletarische Demokratie begrüßt und jedesmal aufspricht, wenn eine Gewerkschaftseligie gegen die Kommunisten den Ausschlag androht. Ganz besonders hat ihm gefallen, daß der Bauarbeiterverband vorstand die Gewerkschaften, Bachmann und Sedert kurzerhand rausgeschmissen hat.

Er beschließt sich in einem Leitartikel mit dem Aufruf unserer Zentrale, wobei er sich auf alte Blüten

stützt, die so oft widerlegt sind, daß wir heute darauf nicht eingehen wollen.

Aber es verdient festgehalten zu werden, daß der „Vorwärts“ seine Anhänger zum schärfsten Kampf gegen die kommunistischen Zellen auffordert und den Rat erteilt, die Kommunisten zum Tode zu jagen, was soviel heißt, die Gewerkschaften zu zerlegen, daß derselbe „Vorwärts“ in der gleichen Nummer die Gründung der S.P.D.-Fraktion im Berliner Bauarbeiterverband andringt. Wahrlich, frecher und dreister als von diesem Geschrei ist das Proletariat von bürgerlicher Seite niemals beschützt, gemißbraucht und belogen worden. Aber gemacht, ihr Herren. Die Gehuld des deutschen Proletariats ist lang. Wer auch sie wird — wenn nicht alle Anzeichen täuschen — sogar sehr rasch zu Ende gehen.

Die Selbstentmannung des Parlamentes

Der Vorkonferenz des Reichstages hat beschlossen, daß nicht mehr als eine Interpellation in der Woche behandelt werden soll. Weiter sollen die kleinen Anfragen nur schriftlich beantwortet werden; es sollen nur „sachlich gehaltene“ große Anfragen gestellt, und dabei „politische Ausfälle“ vermieden werden.

Dieser Beschluß richtet sich vor allem gegen die Kommunisten. Die Kammerkinder der Regierung im Reichstage wollen verhindern, daß die Kommunisten die Tribüne des Reichstages dazu benutzen, um der Arbeiterschaft den wahren Charakter der Regierung und des Parlamentes zu zeigen.

Die sogenannte „Volksvertretung“ stößt sich selbst das Maul, um die Kommunisten am Reden zu verhindern. Der Reichstag verzichtet auf alle seine Rechte und begnügt sich, die Dekoration der Regierung zu spielen. Er zeigt damit an besten, was der eigentliche Inhalt des Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie ist.

Erstiens Sozialisierung der Kaufleute

Bei der Begründung der Interpellation am Reichstag über die Aufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland zeigte Erstiens das Bestreben, fruchtbarere Vorschläge zu machen, wie das kapitalistische Deutschland die Entwicklung Sowjetrußlands fördern könne. Er schlug vor: erstens, man solle die Handelsbeziehungen ausweitem, zweitens die Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland sollen durch eine Zentrale geregelt werden; drittens Bestreben es sein müsse, sozialistischer zu wirken. Es dürfe keine staatliche Zentrale sein, die einem bürokratischen Beamtenapparat untergeordnet sei, sondern man solle sie bilden aus dem Handel beteiligten Kaufleuten. Man solle auch Gewerkschaften und Angestellte hinzuziehen. Ein famoser Vorschlag. Erstiens hat Stiefzunge Vertrauen. Mit Unterstützung einiger Gewerkschaftler werden sich die deutschen Kaufleute selbst sozialisieren; daß Proletariat ist jeder Anstrengung überhoben.

Arbeitslosenberührung im Mecklenburgischen Landtage

Wolffs Büro meldet unterm 21. Januar aus Schwerin: In der gestrigen Nachmittagsitzung des Landtages wurde zunächst über den sozialdemokratischen Antrag betreffend eine einmalige geldliche Zuweisung an die Arbeitslosen verhandelt. Danach wird die Regierung ersucht, sofort an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, allen Arbeitslosen einmalige geldliche Zuweisungen zu gewähren. Der Landtag stellt fest, daß durch die Eröffnung von Unterstellungen den Arbeitslosen nur vorübergehend geholfen wird; eine wirkliche Besserung ist nur mit Beschaffung produktiver Arbeit möglich.

Hierauf gehen die Arbeitslosen in Mecklenburg wieder leer aus. Sie werden an das Reich verwiesen. Davon können sie sich nichts kaufen. Die produktive Arbeit aber, die bisher immer von der bürgerlichen Regierung den Arbeitslosen im Aussicht gestellt wurde, bestand im Chauvinistenkloppfen. Es kam indessen nicht einmal zur Beschaffung des kleinstmöglichen Steinmaterials.

Auflösung des Mecklenburgischen Landtages?

W. A. D. Rostock, 21. Januar.

Wie der Rostocker Anzeiger aus Schwerin meldet, werden die Mecklenburger zum Landtag, dessen Auflösung mit größter Wahrscheinlichkeit am Dienstag erwartet werden muß, für Sonntag, den 18. März, vorbereitet.

Der Kampf der Arbeitslosen

Ans Braunshweig wird uns geschrieben: Nachdem vor 14 Tagen ein kommunistischer Antrag auf Auflösung einer einmaligen Unterstellung im Landtag abgelehnt war, und zwar auch von den Unabhängigen, bemüht sich der Arbeitslosen eine immer größere Zahl gegenüber der sozialistischen Regierung, auf deren Betreiben den Arbeitslosen ihre Wünsche nicht erfüllt waren. Am 13. Januar fand nun eine Arbeitslosenversammlung, veranstaltet von der S.P.D., statt, die eine geharnischte Entschloßung annahm und Erfüllung ihrer Forderungen verlangte.

Die kommunistische Gruppe im Landtag brachte am 18. d. M. folgende Entschloßung ein:

1. Es kommt eine Beihilfe von 400 M. für ledige und von 600 M. für verheiratete Erwerbslose zur Auszahlung.
2. Die Erwerbslosenunterstützungsbüro wird um 100 Prozent erhöht.
3. Die Renten werden auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet.
4. Die volle Erwerbslosenunterstützung wird an alle Erwerbslosen gezahlt für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.
5. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung hat das Reich unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals aufzubringen.

Als die Unterstützungsforderung gestellt wurde, stimmten auch die Unabhängigen zu; ja, beinahe wäre die Dringlichkeit des Antrages anerkannt und in die sofortige Beratung eingetreten worden, aber soweit glauben viele „sozialistische“ Abgeordnete doch nicht gehen zu können. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt.

Der preussische Landtag von den Toten auferstanden

Als die preussische Landesversammlung sich am 14. Januar ins Grab legte, weil am 20. Februar ein neuer Landtag gewählt wird, legte sie einen Wunsch von 29 Mitgliedern ein, der die lausenden Wählerstimmen erlösen sollte. Jetzt haben sich im Wunsch Schmelzgeräten oder Streitigkeiten oder sonst was eingestellt, so daß sich die Landesversammlung wieder aus der Grabstätte erheben und Ende Januar auf zwei oder drei Tage zusammenzutreten muß.

Der Schwindel des „Vorwärts“ und der „Freiheit“

Der „Vorwärts“ und nach ihm die „Freiheit“ ziehen unläufig die Waffenfunde in Thüringen gegen die Kommunisten los. Der Betriebsrat der Erfurter Waffenwerke, der nach den Behauptungen des „Vorwärts“ aus Kommunisten besteht, habe doch die Waffenlieferung nicht verweigert.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Hauptwaffenlieferer der Waffenmeisterei Keil, Mehrheitssozialist ist und daß die Mitglieder des Betriebsrates des Reichswerkes in Erfurt lauter Unabhängige sind.

Die Anschuldigungen des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ fallen somit vollständig auf ihre eigenen Parteien zurück.

Die 12 Artikel des Reichslandbundes

Der Reichs-Landbund, eine Vereinigung des bekannten großagrarisch-höfischen Bundes der Landwirte mit den Bauernbünden, stellt zwölf Bauernforderungen für die Reaktion zu den Preußenwahlen, zwölf Forderungen auf. Die Forderungen sind gefolgt 10, verweigert, daß sie den Interessen der kleinen und mittleren Bauern zu dienen scheinen, während sie doch die ganze Bauernschaft nur in den Dienst der großagrarischen Reaktion spannen möchten. Neben Bereinigung und Verbilligung der Vermahlung in Stadt, Kreis und Gemeinde, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Erleichterung der Bekämpfung künftigen Unheils, Verbilligung der Seidung, Förderung des Wohnungsbaus usw. sind Forderungen eingeschmuggelt, die die bevorrechtete Steuerbefreiung, Abschaffung jeder Sozialversicherungspflicht, Sicherung von Ruhe und Ordnung (Gesetz), Pflege der christlichen Erziehung durch obligatorischen konfessionellen Religionsunterricht in der Schule usw. den juristischen Verstand doch nicht verbergen können.

Keine „technische Nothilfe“ im besetzten Gebiet

W. A. D. Mainz, 21. Januar.

Nach einer Berichterstattung im Echo du Rhin hat die interalliierte Abwehrkommission in ihrer Sitzung am 18. Januar beschlossen, die Ersetzung einer technischen Nothilfe im besetzten Gebiet angesichts des allgemeinen Charakters dieser Einrichtung abzulehnen, deren Betätigung durch ein Berliner Zentralsbüro erfolgen und so der Kontrolle der Besatzungsmächte entzogen sein würde.

Zur Berliner Oberbürgermeisterwahl

Die Wahl des Stadtkämmerers Böß zum Oberbürgermeister von Berlin wird lebhaft in der Presse besprochen. Die rechtsstehenden Blätter schreiben, daß auch Böß nicht der rechte Mann sei, und sie halten sich bei ihrer Stellungnahme mehr oder weniger an die Erklärung der deutschnationalen Fraktion im Stadtparlament, in der es u. a. heißt:

„Wegen für diese Aufgabe in der Berliner Gemeinde D. Reich diejenigen die Verantwortung tragen, die sie beabsichtigen. Sie haben Bewerber um den Posten des Oberbürgermeisters sind nach unserer Ansicht gleich wenig geeignet, in dieser schwersten Zeit Berlin zu retten.“

Wer auch von der übrigen bürgerlichen Presse, deren Parteien für Böß gegen Wehl stimmen, wird zur Wahl zunächst noch sehr zurückhaltend Stellung genommen. Die allgemeine Stimmung ist, daß man mit dem kleineren Uebel — Böß gegenüber Wehl — vorlieb nehmen müsse. Bemerkenswerter sind die Auffassungen des „Vorwärts“ und der „Freiheit“, und nicht zuletzt auch der Demokraten. Anstelle einer mangelnden politischen Begründung der Stellungnahme seiner Parteigenossen versucht der „Vorwärts“, die ganze Frage auf das rein persönliche Gebiet zu schieben. Er schreibt, daß an der Wahl eines Bürgerlichen lebhaft die Unabhängigen schuld seien, denn sie wußten, daß kein Sozialdemokrat für Wehl stimmen würde. Einmal mangelt es ihm an den sachmännlichen Qualitäten und zum andern hätte Wehl wiederholt in der geschäftlichen Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen. „Einen Mann, der sich in so geschäftlicher Weise gegen unsere Partei benommen hat, konnten unsere Gewerksamen unmöglich für ein so wichtiges Amt wählen.“

Die „Freiheit“ bemerkt dazu, die Sozialdemokratie bekämpfe Wehl heute mit denselben Argumenten, die bisher von den Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie angewendet wurden. Im übrigen hätte die S.P.D. bei der Wahl ihrer Parteigenossen zu irgendwelchen Verwahrlosungen kein Wort über die sachmännliche Eignetheit verloren. Wenn sie gegen Wehl sind wegen seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie, so hätten sie diese Bekämpfung gegen Böß noch viel mehr anwenden müssen. Mit der Wahl Böß sei die S.P.D. offen zu den Gegnern jeder Kommunalisierung übergetreten.

Aus alledem geht hervor, daß die Gründe der sozialdemokratischen Stellungnahme tiefer liegen, als sie von ihnen selbst bezeugt werden. Nichts weiter, als die Angst vor den Kommunisten hat die Sozialdemokratie dazu geführt, die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament zu durchbrechen. Man fürchtete, daß die kommunistische Fraktion durch die Wahl Wehls als Einziger an der Spitze der Lage immer mehr beherrschen würde, was die S.P.D. zu unangenehmen Konsequenzen zwingen könnte. Deshalb schlug man sich auf die Seite des Bürgerturns. Deshalb gerührte man die Einheitsfront der sozialistischen Mehrheit in einer Zeit, wo sie dringender nötig ist, denn je.

Durch das Einbiegen der Sozialdemokratie in die Front des Bürgerturns hat sie sich wieder einmal das Wohlwollen der Bourgeoisie erworben. In der „Wolfschen Zeitung“ z. B. schreibt der Demokrat Dominicus:

„Weiter ist an dem Beschluß erfreulich, daß hier zum ersten Male die einer sehr wichtigen Frage die Mehrheit der Sozialdemokratie sich von den beiden anderen sozialdemokratischen Parteien scharf getrennt hat.“

und er knüpft daran die Hoffnung, daß die neuen Freunde auch weiterhin vernünftig bleiben und für die völlige Entpolitisierung der Stadtverwaltung eintreten mögen.

So wird die Stimmabgabe der Sozialdemokratie für einen bürgerlichen Oberbürgermeister zu einer doppelten Anglistfront gegen sie selbst, wobei sie mit ihren eigenen Waffen geschlagen wird. Das Bürgerturn schlägt sie mit dem Fachleuteargument, während man sie links als Helfer der proletarischen Einheitsfront bekämpfen wird. — Im Rechte ist die Demokratie der Sozialpolitiken bereits bankrott; in Preußen wird der Bankrott bei dem bevorstehenden Wahlen erfolgen. Und schon beginnt er, sich auch in der letzten Aufwindstunde der Demokratie, im Stadtparlament, anzudeuten.

Der Sturm der Massen, die eine proletarische Einheitsfront als dringend notwendig anerkennen, wird alle diejenigen hinweglegen, die sich ihr hindernd in den Weg legen.

Für die proletarische Einheitsfront

Die Arbeiter der Vorkriegszeit

Am Mittwoch beschäftigte sich im Kasino zu Regal die Betriebsräteversammlung der Firma Vorkrieg mit dem Offenen Brief der U.S.P.D. Der Berichterstatter W. meinte, gerade die Arbeiter der Firma Vorkrieg wüssten aus eigener Erfahrung, daß sie immer mehr unter die Knie kämen; denn Vorkrieg sei als Oberbegriff bekannt. Auch die Eisenbahner, welche nun wieder mit Vorkrieg zusammengepackt seien. Man müsse eine Basis haben, um auf der ganzen Linie geschlossen in die Aktion zu treten. Der Berichterstatter verliest die verschiedenen abgelesenen Antworten der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie auf den Offenen Brief. Wenn die Arbeiter ihre Lage verbessern wollten, müßten sie für die Forderungen des Offenen Briefes kämpfen. Der Vorkrieg W. wandte sich in leichten Redensarten gegen die Forderungen. Als er erklärte, er würde nicht die Hände dafür rühren, wurde er von Vorkrieg unterbrochen. Sein hysterisches Geschrei hatte jedoch keinen Erfolg. Gegen ganz vereinzelte Stimmen nahm die Versammlung folgende Erklärung an:

„Die im Kasino versammelten Vorkrieg-Arbeiter erklären, daß sie voll und ganz die Forderungen, welche im Offenen Brief der U.S.P.D. enthalten sind, unterstützen. Sie erblicken hierzu die einzige Möglichkeit, um zu einer gemeinsamen Aktion gegen das Kapital zu kommen. Die Kollegen erwarten auf das Bestimmteste, daß alle in Frage kommenden Instanzen diese Aktion unterstützen werden.“

Bauarbeiterverband und Verband der Maschinisten und Geiger

Eine am Donnerstag, den 20. bei Boeckers, Weberstr. 17, tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, und des Verbandes der Maschinisten und Geiger, einberufen vom Verband der Maschinisten und Geiger des Gewerkschaftsverbandes, nahm nach einem Referat des Gewerkschaftsleiters des Aktionsausschusses von Böwe folgende Entschlüsse einstimmig an:

1. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Section Tiefbau, erklärt in dem Vorgehen der Bau-Direction und des Magistrats gegenüber dem arbeitenden Proletariat eine ungeheure Provokation. Die Mitgliederversammlung sieht den Kampf der Bauarbeiter und der Handwerker-Kraftarbeiter auch als den ihrigen an, und gelobt der angepöbelten Arbeiterklasse, wenn die Forderung an sie ergeht, aktive Solidarität zu üben.

2. Die am 20. Januar tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Section Tiefbau, stellt sich rühmlich hinter die Stuttgarter Forderung. Die Versammlung begrüßt aufs lebhafteste den Offenen Brief der U.S.P.D.

Sie erblickt darin einen dankenswerten Versuch zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats. Wir erklären, falls die andern Arbeiterorganisationen nicht gewillt sind, diese Forderungen zu ihren eigenen zu machen, daß wir im Verein mit allen revolutionären Arbeitern diesen berechtigten Forderungen Nachdruck verleihen werden.

Die Arbeiter des sächsischen Sanitätsdienstes

Im Reichsausschuss des Sanitätsdienstes fand am 19. Januar eine Versammlung der Führer statt, die bei der Stadt Berlin beschäftigt sind. Nach einem ausführlichen Referat unseres Genossen Dör wurde aus der Versammlung heraus folgende Resolution verabschiedet:

Das Führerpersonal des sächsischen Sanitätsdienstes fordert den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auf, der immer stärker werdenden Reaktion eine einheitliche Kampffront des gesamten Proletariats entgegenzusetzen. Der beste Weg zur Erringung einer Einheitsfront liegt in den Reichstagen zu sein, welche die U.S.P.D. in ihrem Offenen Briefe niedergelegt hat. Die Versammlung ermahnt von dem Berliner Gewerkschaftsrat, den Reichsausschuss der Afa und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, daß sie sich diese Resolution zu eigen machen.

Obwohl noch nicht mal ein Gehört der Versammlung aus kommunizieren bestand, wurde diese Resolution doch einstimmig angenommen.

Die ostpreussischen Gewerkschaften

Die Vertreter der ostpreussischen Gewerkschaften tagten am 16. Januar in Königsberg. Berndt (U.S.P.) betonte die Notwendigkeit, daß sich die Gewerkschaften veritas auf den Boden des Klassenkampfes stellen und möglichst schnell zu Industrieverbänden und zu Einheitsorganisationen kommen müßten. Bormann (U.S.P.) sagte:

Der größte Fehler ist die Zerstückelung der Arbeitermassen untereinander. Wir dürfen keine Zeit verstreuen lassen. Ich kann mir vorstellen, daß eine allgemeine Aktion, ob wir wollen oder nicht, in die Wege geleitet wird durch Momente, welche die Allgemeinheit betrifft. Ich verweise nur auf die Bewegung der Eisenbahner und ihre Konsequenzen. Nicht wichtig ist, daß sie den Augenblick, wo wir hineingezogen werden in solche Aktionen, verpassen, wie wir es in den Tagen des März 1920 bei dem Kampfschritt erlebt haben. Die Arbeiter-Aktion darf nicht zurückzuführen sein solchen Aktionen, wenn der Kampf an sie ergeht, auf den Boden zu sein. Da darf es kein Ärgern geben, sondern klar zum Gesicht, und aus diesem Grund heraus sollten wir endlich zu einer gemeinsamen Aktion gelangen, selbst wenn unsere Meinung auseinandergeht, besonders in der Frage der Taktik, daß wir im Ziele zur Erringung des Sozialismus und zur Erringung der politischen Macht uns einig sind und sein müssen. Keine künstlichen Brücken, sondern vorbereitete Aktionen, auch solche, die uns anerkannt werden, durch die Reaktion, müssen von uns zielbewußt durchgeführt werden.

Nach langer Diskussion wurde mit allen Stimmen der U.S.P.D. und U.S.P.D.-Mitglieder nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 16. Januar 1921 in Königsberg tagende Konferenz der Gewerkschaften Ostpreussens erkennt an, daß die politischen, noch mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer aufsteigenden Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital unabweislich treiben. Es ist daher Pflicht der Gewerkschaften, alle Vorbereitungen zu treffen, um auf den Endkampf, der nicht umgangen werden kann, gerüstet zu sein. Einigkeit und Zielklarheit aller Kopf- und Handarbeiter sind die Bedingungen, die allein den Erfolg in diesem Kampfe verbürgen.“

Das Gewerkschaftskartell Weimar

In einer Gewerkschaftskartellung zu Weimar brachte Genosse Herz den Offenen Brief der U.S.P.D. zur Sprache. Herz verlas den Brief und verlangte namentliche Abstimmung. Diese ergab 31 Stimmen für und 24 Stimmen gegen die Annahme der Forderungen der U.S.P.D.

Das Gewerkschaftskartell Weimar

In einer Gewerkschaftskartellung zu Weimar brachte Genosse Herz den Offenen Brief der U.S.P.D. zur Sprache. Herz verlas den Brief und verlangte namentliche Abstimmung. Diese ergab 31 Stimmen für und 24 Stimmen gegen die Annahme der Forderungen der U.S.P.D.

Die Rußlanddebatte im Reichstag

Am Donnerstag Dregsch, am Freitag Rußlanddebatte im Reichstag. Die Debatte war dieselbe: am Donnerstag reaktionäre Einheitsfront für Dregsch, am Freitag gegen Sowjetrußland. Auch die Reichstagsfraktionen schlossen sich dabei nicht an und gaben durch Herrn Wels ihre Abneigung gegen die russische Republik deutlich zu verstehen.

Während der Auseinandersetzung war eine Interpellation der Unabhängigen über die Wiederaufnahme der Wirtschaftszugehörigkeiten zu Sowjetrußland. Unsere Reichstagsfraktion konnte sie nicht einbringen, weil die Unabhängigen die Interpellation verweigert hatten, um sich im Falle von sonstiger Annahme zu fassen. Mit dem Munde sind sie für, mit den Daten gegen die Sowjetrepublik.

Als Minister Dr. Simons seine Ausführungen machte, die Wiederaufnahme der Wirtschaftszugehörigkeiten des Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrußland sein sollten, wurde ihm von unseren Genossen kräftig geantwortet. Simons erklärte in Wausch und Wogen das russische Wirtschaftswesen für völlig zusammengebrochen, wofür ihm der Beifall der Rechten reich lohnte. Doch widersprach er sich selbst, als er auf die unbestreitbaren Berechtigungen der Roten Armee hinwies. Er mußte schließlich als eigentlichen Grund für die Abneigung der sonstigen Regierung gegen eine angereicherter Wirtschaftszugehörigkeit mit Sowjetrußland nichts anderes angeben, als die noch nicht genügend Erörterung der deutschen Gesundheitlichen Wirkungen in Moskau, die von den Menschewisten veranlaßt worden war, um den Volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bereiten.

Am übrigen — das bezeichnende den reaktionären Charakter der deutschen Außenpolitik auf deutlichste! — einschubte sich Herr Simons bei der Rechten des Hauses dafür, daß sich gewisse Beziehungen zu Sowjetrußland nicht vermeiden ließen. Das Ziel der Regierung war der Mehrheit des Reichstags ist die völlige Isolierung Sowjetrußlands, um die Auswirkung seines Beispiels in aller Welt zu verhindern.

Die Entscheidung wird sehr bald die Illusion der Möglichkeit solchen Tuns erweisen, trotz Reichstag und Regierung.

Der Eintritt in die Tagesordnung erbitet und erhält Präsident Lobe die Genehmigung des Hauses, den Geschäftsordnungs-Ausschuß mit einer Revision der Geschäftsordnung zu betrauen.

Es folgt die Beantwortung einer großen Reihe kleiner Anfragen.

Das Beamtenbesoldungsgesetz

Es folgt die dritte Beratung der Beamtenbesoldungsgesetzes. Pletner (Kommunisten): Anstatt, daß die Parteien unterliegen, was Gewerkschaft und Regierung beschließen haben, sagt der Reichstag Ja und Amen zu der unangenehmen Vorlage. Nicht einmal den vorgeschlagenen Parteien war an einer grundsätzlichen Unterredung gegangen, ob die Beamten so erklären können. Sie haben zu erklären, für eine Verbesserung der Vorlage hier im Parlament zu treten. Aber diese Parteien und die Gewerkschaftsbürokratie werden erklären, wie ihnen die Beamtenfrage davon geht und ihren Kampf zu führt, wie die Kommunisten es ihnen empfehlen.

Dann wird das Gesetz ohne weitere Aussprache in der Fassung des Hauptausschusses in dritter Lesung einstimmig gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Sinnlos genug, denn das Gesetz ist eine Entschädigung, die die Regierung auf dem Wege der Lamentation mit größter Beschleunigung vorzulegen. Das Annehmliche und die Härten der Vorlage werden durch die Regierung in der geschäftsmäßigen Zeit beantwortet.

Die unabhängige Interpellation betr. Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Wg. Erbsien (U. Soj.): Die deutsche Außenpolitik läuft immer noch im Geiste des alten Systems. Das englisch-französische Kapital ist darin großartig und befindet sich auf dem besten Wege, von Sibirien her in Rußland einzubringen. Unsere Wirtschaftslage würde auch eine Abwendung von der chauvinistischen Außenpolitik erfordern, um einen wirtschaftlichen Zusammenstoß mit Polen zu vermeiden. Rußland seinerseits hat, wie wir in Moskau mitgeteilt wurde, ungeheure Reichtümer zu machen; es braucht keine alle, was wir produzieren. Dafür kann und will es Gold, Perle, Indio, Glas und Kunst liefern. Da die Vorräte nicht konzentriert sind, ist die Hilfe der russischen Gewerkschaften unentbehrlich. Man muß sich bemühen, daß in Rußland der Handel nationalisiert ist, und daß jeder Austausch durch die beiden großen russischen Handelszentren geht. Rußland mußte auch eine zentrale schaffen, ohne die bürokratische Verschwendung häßlicher Beamtenstellen; aber die berechtigten Kreise müssen das übernehmen, Gewerkschaftler.

Ausland

Das Kabinett Briand in der Kammer

Nach der Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer wurden eine Anzahl Interpellationen eingebracht, die Briand sämtlich zu beantworten sich bereit erklärte.

Vertreter der Rechten befragten das Kabinett der „autonomen Einigung“ und interpellierten die Regierung über ihre Auslegung des Verlaufs des Vertrages. Wie Deutschland besaßen werde, ist Gold oder Problem? Wieweit die Entschaffung Deutschlands fortgeschritten ist? Wieweit Gefahr besteht, daß der Bolschewismus den deutschen Militarismus die Hand reiche und bis zur französischen Grenze vorzöge? Der Bolschewismus kennzeichnete dieser Interpellation treffend darin, daß er „in allen Ländern die große Waise beer, die nichts befehlen, gegen die andern auf die Beine bringe.“ Zu diesen Interpellationen kam offenbar die Beantwortung der Reichstagsfragen und der Reichstagsfragen über den von dem neuen Kabinett in der Wiederaufnahmefrage eingeschlagenen vorzuzug großen geistigen Kurs zum Sozialismus.

Auch die Sozialisten befragten Interpellationen ein. Pletner interpellierte über die Rolle der Unternehmerräte. Amerikanische Finanziers seien bereit gewesen, für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete Kredite zu gewähren, falls der Allgemeine Arbeiterverband an der Aktion beteiligt wäre; mächtige Privatbankiers hätten sich dem widerstehen und dadurch das Zustandekommen des Abkommens verhindert. Pletner interpellierte die Regierung, was sie angesichts der Wirtschaftslage zu tun gedenke. Er fragte an, ob die Regierung der Arbeiterfrage genug oder Frieden anleide. Zu einer interpellierten über die Auffassung der G.P.; man habe den Eindruck, daß die Regierung gegenüber der Arbeiterklasse eine Politik der Unterdrückung verfolge.

Im Hauptbericht wird Pletner ebenfalls als Kommunist bezeichnet. Er ist konsequent. Es ist daher nicht möglich, ob die kommunistische Fraktion eine Interpellation eingebracht hat.

Im Lande der Sieger

In London erregt gegenwärtig, wie der „Manchester Guardian“ vom 17. mittelt, ein entsetzlicher und arbeitsschaffender Soldat Hunger, der in der Fehlung „jedes beliebige Stück“ seines Körpers zum Verkauf angeboten hat. Einem Intervevier erklärte er, es sei ihm vollkommen ernst, da er gänzlich mittellos und der Verkauf seiner Gliedmaßen seine letzte Stütze sei. Er habe einige Nebenun-

genstände müßte man hinzuziehen. Eine kapitalistische Konzeption, die nicht nach Art der westlichen Länder lehnen wie aber ab. Der Friedensvertrag von Versailles erklärt nur alle Verträge mit dem Ausland für gelöst, die bis zum August 1914 eingegangen worden sind, verbleiben aber, nicht die Schließung neuer Verträge. Voraussetzung der wirtschaftlichen Beziehungen sind die diplomatischen Beziehungen. Die Beziehungen von Breiter Frieden an und profit die wirtschaftlichen Sachverständigenkommissionen die großen Schwierigkeiten beruht werden, genügen die russischen Sozialrevolutionäre das größte Entgegenkommen. Berlin hat sich ein tonterevolutäres Zentrum gegen Sowjetrußland gebildet.

Reichsminister Dr. Brüning: Die Beziehungen des deutschen zum russischen Volk sind eine Lebensfrage für unsere Zukunft. Es ist nicht Schuld der deutschen Regierung, daß die Beziehungen noch nicht günstiger sind als heute. Die Unabhängigkeit ist ein wichtiger Voraussetzung für die in erster Linie auf der jetzigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beruht die russische Revolution. Die Gewalten, die damals die Fiktion des Staatsrechts übernommen, haben nach meiner Meinung völlig verfallen. Ein weiteres Geschehen ist es, daß die Entente hauptsächlich durch ihre Unfähigkeit, die Interessen zwischen Mittel- und Ostasien zu legen. Eine Beschäftigung mit Polen führt der Verhandlungswille der Gewerkschaft. Doch haben wir Verhandlungen am liebsten, die Aussicht auf Erfolg haben. Die Darstellung unserer diplomatischen Beziehungen zu Rußland, die der Abg. Erbsien gegenüber hat, trifft nicht in allen Punkten zu. An sich besteht die Anerkennung der Sowjetregierung zu Recht, aber eben so besteht zu Recht der Wunsch der Beziehungen, der durch die Ermordung unserer Gesandten Grafen Witschak im Juli 1918 herbeigeführt worden ist. Solange nicht eine Genugtuung für die Ermordung gegeben ist, ist eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht möglich. (Zuruf links: Das ist doch die Höhe!) Herr Lohp gab ich eine genaue Darstellung unserer Auffassung des Tatbestandes und bat ihn, sich bei der Regierung zu äußern und ihre Ansicht einzubringen. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Die russische Regierung hat weiter mit der Propaganda ihrer Wirtschaft in Rußland einen Mißbrauch der Pressefreiheit getrieben. Der Verkehr auf normalem Wege wird nicht aufgenommen werden können. Wir haben nicht ohne weiteres die Einreise der russischen Kommission in Deutschland verweigert, sondern für uns das Beste gefordert, ohne es zu schaffen. (Zuruf links: Ja, Herr Erbsien!) Herr Erbsien befragt sich, daß wir der Redaktionskommission die Außenministeramt nicht verlängert haben. Aufgabe der Kommission war, speziell die Auswärtigen Bewegung nach Rußland zu organisieren. Gerade die Partei des Interpellanten hat in so bankrotter Weise auf die linken Seiten der Auswärtigen nach Rußland aufmerksamer gemacht. (Zuruf rechts: Hoffentlich wird der Osten bald aufliegen, Kriegsschauplatz zu sein.)

Die Regierung brauchbarer Waren wird eine Verbesserung der Beziehungen zu Rußland schaffen. Minister Simons befragt die Fälle der Internierungsmaßnahmen im einzelnen. Er meint, noch kein Urteil darüber zu haben, ob die Beziehungen zu Recht oder zu Unrecht gelöst sind. Die Untersuchung sei noch im Gange. Die deutschen Kaufleute brauchen nicht fürchten, beim Handel mit Rußland zu spät zu kommen, da der Weg zum russischen Handel umhinkommen der Deutschland geht. Wir wollen die Sowjetregierung nicht küssen, wir wollen sie aber auch nicht unterstützen. In Deutschland befinden Parteien, die das Recht gefährden. (Zuruf links: Kommunisten!) Wir können auf keinen Fall deren Unterstützung durch die Sowjetregierung dulden.

Wg. Erbsien (Soj.): In der Frage des Moskauer Gesandtenmordes ist es Sache der russischen Regierung, Schritte zu tun, um die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs herbeizuführen. Sobald man die Macht des wirtschaftlichen Kapitalismus als das höchste Gut in Rußland wirken läßt, wird sich der Bolschewismus von selbst auflösen.

Wg. Erbsien (Soj.): In der Frage des Moskauer Gesandtenmordes ist es Sache der russischen Regierung, Schritte zu tun, um die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs herbeizuführen. Sobald man die Macht des wirtschaftlichen Kapitalismus als das höchste Gut in Rußland wirken läßt, wird sich der Bolschewismus von selbst auflösen.

Wg. Erbsien (Soj.): In der Frage des Moskauer Gesandtenmordes ist es Sache der russischen Regierung, Schritte zu tun, um die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs herbeizuführen. Sobald man die Macht des wirtschaftlichen Kapitalismus als das höchste Gut in Rußland wirken läßt, wird sich der Bolschewismus von selbst auflösen.

Wg. Erbsien (Soj.): In der Frage des Moskauer Gesandtenmordes ist es Sache der russischen Regierung, Schritte zu tun, um die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs herbeizuführen. Sobald man die Macht des wirtschaftlichen Kapitalismus als das höchste Gut in Rußland wirken läßt, wird sich der Bolschewismus von selbst auflösen.

Schwedens Handelsbeziehungen zu Rußland

Die schwedische Regierung hat der Errichtung einer Handelsbeziehung zum Handelsbelegten der Sowjetregierung in Stockholm zugestimmt. Derzeitigen gilt als einer der wichtigsten Juristen und Schriftsteller Rußlands und als einer der besten theoretischen Kenner des Bolschewismus.

Au die Betriebsoblen!

In der Einladung zu der heutigen Fortsetzung der Funktionen- und Diskussionen, die um 9 Uhr in der Werkzeugschule stattfinden, sind die Betriebsoblen diesmal nicht erwünscht. Wir nehmen an, daß es sich um ein Versehen handelt und fordern die Betriebsoblen auf, die Konjunktur auf jeden Fall vollständig zu beschaffen.

Schwedens Handelsbeziehungen zu Rußland

Die schwedische Regierung hat der Errichtung einer Handelsbeziehung zum Handelsbelegten der Sowjetregierung in Stockholm zugestimmt. Derzeitigen gilt als einer der wichtigsten Juristen und Schriftsteller Rußlands und als einer der besten theoretischen Kenner des Bolschewismus.

Au die Betriebsoblen!

In der Einladung zu der heutigen Fortsetzung der Funktionen- und Diskussionen, die um 9 Uhr in der Werkzeugschule stattfinden, sind die Betriebsoblen diesmal nicht erwünscht. Wir nehmen an, daß es sich um ein Versehen handelt und fordern die Betriebsoblen auf, die Konjunktur auf jeden Fall vollständig zu beschaffen.

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Schöler, Berlin-Stein. Für den Anzeigen-Teil: Richard Schöler, Berlin-Stein. Druck: Die Neue Presse, Berlin, S. 14. Einzelheftpreis: 30 Pf. Vertriebspreis: „Die Neue Presse“, alle Zeitungen 10 Pf.

station in Trümmer schlagen? Die Folgen haben ja andere zu tragen, die Massen der Mittelschicht. Das aber ist dem Vorstand des D.D.B. gleichgültig, ihn läßt der bekannte Sturm der Enttäuschung kalt. Er weiß sich geschützt hinter einem Drahtverhau von Statuten und Paragraphen und kann sich erlauben, auf den Willen der Mitglieder zu pfeifen.

So eindringlich wir an die Bauarbeiter appellieren, vor dem Generalangriff der Bürokratie nicht die Flucht zu ergreifen, indem sie, was das Versteckteste wäre, jetzt aus dem Verband austreten, so ungeschämt müssen wir ihnen auch sagen: jede Mitgliedschaft hat letzten Endes den Vorstand, den sie verbindet. Auf den Gewerkschaftsmitgliedern, die sich bisher so unartig und gleichgültig verhalten haben, daß die Gewerkschaftsbürokratie glauben konnte, ihnen alles bieten zu dürfen, liegt ein großer Teil der Schuld. Jetzt gilt es, den Herrschaften zu zeigen, daß nicht nur „der bekannte Sturm der Enttäuschung“ sich erhebt, sondern daß jäh und bejahrlich solange gearbeitet und Insubordinanz aufgeführt werden, bis den frechen, anmaßenden Geheulen das Handwerk gelegt ist.

Der „Kämpfer“ berichtet: Wie wir erfahren, hat der Vorstand des Bezirksvereins des Bauarbeiterverbandes in einer Sitzung zu dem Streik des Hauptvorstandes Stellung genommen. Der Vorstand hat sich einstimmig mit dem Genossen Baumann, dem Vorsitzenden des Bezirksvereins, solidarisch erklärt.

Die erste Stimme des Protestes

Der — wie der Vorstand des D.D.B. höflich sagt — „bekannte Sturm der Enttäuschung“ beginnt. Eine Versammlung der im Bauarbeiterverband organisierten Tischarbeiter vom 20. 1. nahm folgende Resolution an:

„Die Versammlung protestiert auf das energischste gegen den Ausschluß der Kollegen Federer, Brander und Baumann und fordert die Vereinstellung auf alle Schritte zu unternehmen, die Wiederaufnahme der Kollegen herbeizuführen, eventuell in großen Versammlungen dazu Stellung zu nehmen.“

Zur Begründung dieser Resolution nahmen die Kollegen Müller, Wanner und Grubich das Wort. Sie gestellten das Vorgehen des Vorsitzenden, Fritz Wagner, gegen die Kommunisten. Die Vereinstellung legte sich mit aller Macht gegen die Resolution ins Zeug. Es half aber alles nichts, die Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Eine Anfrage an den Vorstand des D.D.B.

In der „Freiheit“ (Morgenausgabe vom Freitag, 21. 1. wird auf unsere Notiz: „Zum Recht gestellt sich das Verbrechen“ (Donnerstag-Morgenausgabe, 20. 1.) eine Antwort veröffentlicht, die zwar nicht als Zustimmung kenntlich gemacht ist, deren Inhalt aber zeigt, daß sie aus dem Munde des Hauptvorstandes des D.D.B. stammt. Es heißt da: es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß unter den Eisenbahner-Ausprobenherren herrsche, die die Angelegenheiten der Regierung „mehr als dürftig“ seien. Fraglos ist jedoch, ob es berechtigt ist, den Wünschen der Mitglieder gegen die Arbeitsabteilung zu richten. Man dürfe die Eisenbahnerbewegung nicht isoliert betrachten, da sie ein Teil der Arbeiterbewegung und mit dieser durch das Befreiungsgesetz unauflösbar verknüpft ist.

Rechtlich seien die Eisenbahner gezwungen, gegen die Gesamtbeamtenschaft zu kämpfen, ohne indes Unterstützung bei ihr zu finden. Der „Deutsche Beamtenschaft“ hat bei der ersten Drohung der Regierung zurückgeschreckt und habe damit die Stoffkraft der Bewegung außer Acht gelassen. So sei es notwendig, daß die Masse der Beamtenden Eisenbahner wie ein Gewicht am Bein hängen.

Das mag ganz oder teilweise stimmen. Ist dadurch aber der Vorstand des D.D.B. gerechtfertigt? Die Taktik der Regierung stielte vor vornherein darauf hin, die Beamtenden der oberen Gehaltsstufen in einen Gegenstoß zu der großen Masse zu bringen. Die Regierungstaktik hätte scheitern müssen und wäre gescheitert, wenn nicht der D.D.B. aus Furcht vor den Folgen eines Eisenbahnerstreiks zurückgewichen und den Schächelneausstoß zur Anerkennung der Regierungsprinzipien gezwungen hätte. Was hat der Vorstand des D.D.B. getan, um seine Mitglieder und die Millionen freigezwungenen Arbeiter und Angestellten aufzuklären über die Substanz des D.D.B.? Nichts hat er getan. Unmöglich wurde alles verheimlicht und vertuscht. Der D.D.B. schwieg, und ein warnendes Wort von ihm hätte genügt, um den A.D.B. zu einer Haltung zu zwingen, die mit den Interessen der Eisenbahner wie mit den bisherigen gewerkschaftlichen Schlagengruppen in Einklang gelanden wäre. Der D.D.B. aber schwieg und weil er schwieg, ist die Schuld des A.D.B. auch seine Schuld geworden. Deswegen sind die Mitglieder des D.D.B. im Recht, wenn sie ihren Vorstand für die standhafte Beteiligung der gewählten Zulegen verantwortlich machen.

Der D.D.B. ist aber mit seinen Rechtfertigungsgründen noch nicht am Ende. Er hat noch einen letzten gegen die Kommunisten erlassen, und das wäre es verwerflich, wenn er nicht den Versuch machen sollte, die 477 Kommunisten für seine Sünden verantwortlich zu machen. Dieser Versuch ist so lächerlich ausgefallen, daß wir ihn nicht gütlich zitiieren wollen:

Wir haben während der Bewegung wiederholt darauf hingewiesen müssen, daß die Kommunisten sich am liebsten in einzelnen Bezirken mehrheitlich verhalten, und zwar, wie es den Anschein hat, unter ein teilschweres Zeitung, spontane Streiks

kleiner Eisenbahnergruppen zu injizieren, um so den letzten Schritt, wie sie wußten, unvermeidlich zu machen. Durch solche Schritte, aus denen die schwersten Gefahren für die Gewerkschaften hervorgehen würden, sind in ihrer Gesamtheit freigezwungenen Arbeiter und gezwungenen Eisenbahner entlassen wurden, wurde den Verbandsleitungen ihre Tätigkeit erschwert. Es ist nicht als nachlässig, daß die auch durch solche unkontrollierten Unternehmungen in der Reihen der Eisenbahner getragene Unzufriedenheit (1) bei betragten haben, daß die Verbandsleitungen sich gezwungen sahen, die Lohnbewegung schnell zu Ende zu bringen. (1)

Wollte der Vorstand des D.D.B. nicht den Vorwurf der gewissenlosen Verleumdung auf sich laden lassen, so fordern wir ihn auf, der Öffentlichkeit genau mitzuteilen, wann und wo „kommunistische Kommandos“ in Tätigkeit waren, wann und wo sie eine „einseitige Zeitung“ zur Zurechtweisung „spontaner Streiks kleiner Eisenbahnergruppen“ beklagte hat, wann und wo sie eine „Unzufriedenheit“ gegen die D.D.B. zur Abwägung der Bewegung jenseitig? Wir werden abwarten. Erfolgt keine Antwort, dann werden das vor allem die Eisenbahner zu beweisen wissen und ihre Zustimmen für die dummdreien Äußerungen zur Verantwortung ziehen.

Überstundenausbeutung im Berggewerbe

Für die Bankherren, die auf Steuer- und Budgetgesetz pfeifen, existieren natürlich auch die bescheidenen Arbeitergehälterbestimmungen nicht. Der gesetzliche Achtstundentag ist im Berggewerbe längst beiseite. Über die Macht des Staates hört natürlich auf, wo die Macht des Kapitals beginnt, und die staatlichen Organe, denen die Wahrung der Gesetze obliegt, liegen bei den Bankherren auf dem Bauch. Die Banken haben mit der Finanzierung von Schiebergeschäften viel zu tun, die „Erparung“ von Arbeitskräften durch rüchloslose Ausbeutung haben sie schon immer systematisch betrieben, da bleibt dem Staat eben weiter nichts übrig, als „Berandlungen“ einzuleiten, mit denen es die Banken natürlich nicht sehr eilig haben. Für Gesetzesübertretungen können nur Verleuten bestraft werden. Und so kommt es, daß bei einzelnen Banken buchstäblich die ganze Nacht hindurch und auch Sonntags gearbeitet wird. Die freigezwungenen Organisation, der Allgemeine Verband, geht nun daran, dieses anmutige Spiel zu fördern. In einer großen Versammlung der Bankgesellschaften wurde am 20. nach einem Referat von Benno Marx folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Berliner Bankgesellschaften erklärt, der fortgesetzten, die Gesundheit und Arbeitskraft der Angestellten zu Grunde richtenden Abarbeitung im Berggewerbe mit aller Energie entgegenzutreten.

Arbeiter! Genossen!

Unsere Genossen, die überischen Arbeiter sind vom Unternehmern auf Straßenpflaster geworfen.

Dieser Schlag geht gegen uns alle! Auf zu den Massenversammlungen!

Alle Betriebe Bismarckstraße treffen sich mittags 2 Uhr, Parkane, Mühlendammstraße.

Obersteingewende, mittags 1 Uhr, auf dem Marktplatz.

Reußlin, Marienburger, Mariensche, Tempelhofer, mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Heizerplatz.

Gensischdorf, mittags 2 1/2 Uhr, bei Brasse.

Moabit, mittags 2 Uhr, im Kleinen Tiergarten.

Wedding, mittags 3 Uhr, in den Parus-Ecken, Müllerstr.

Zehl, Reichensdorf, Wittenau, mittags 2 Uhr, bei der Firma Star.

Thema in allen Versammlungen:

Die Stilllegung von Löwe und unsere Aufgaben.

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands

Sektion der 3. Internationale, Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Indem die Versammlung die zuständigen behördlichen Instanzen mit allem Nachdruck auffordert, endlich dafür zu sorgen, daß die für die Arbeitslosigkeit maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch für das Berggewerbe Geltung erlangen, beauftragt sie den Allgemeinen Verband, in den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsverband der Verwaltungen unter Anweisung aller Kräfte in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Mittel bestrebt zu werden, daß diese brennende Frage in Einklang mit dem Interessen der Angestellten gelöst wird.

An die Angestellten aber richtet die Versammlung die erste Mahnung, sich der ungeheuren Bedeutung des Schicksals ihrer Arbeitskraft, ihrer einzigen Lebens- und Existenzquelle, bewußt zu sein und dementsprechend zu handeln.

Zu spät ankommend. In der Freitag-Abendausgabe beschäftigt sich die „Freiheit“ mit den Delegiertenwahlen in der 3. D. Sie warnt vor der Wite 3, die genügend durch die Führer der „Roten Fahne“ gekennzeichnet sei und empfiehlt den Anhängern Amsterdams die Wite 4. Die „Freiheit“ kommt hier reichlich spät. Die Wahlen haben nun schon am Donnerstag stattgefunden.

brauchte, bezogt machen. Abtrübselt löst Dr. Edebaum die soziale Frage auf eine viel einfachere Art. Bekanntlich bereite er einmal in der schönen Vorkriegszeit die Prinzessin Luise von Koburg in seinem bescheidenen professorischen Auto. Später verschaffte er Wilhelm dem Reiten, die Umbildung von 100 Millionen Mark. Jetzt will Wilhelm Schwitzgerber, Herzog Ernst August von Braunschweig-Wolfenbüttel, ebenfalls seine Umbildung haben. Gleich 250 Millionen Mark verlangt er von den Braunschweigern. Warum läßt sich Dr. Edebaum in seinem Heimatland nicht zum Staatsminister wählen? Er kommt dann auch Ernst August zurechtstellen. Der Weg zum Sozialismus geht nicht zuerst über die Demokratie, wie Edebaum Parteifreunde sagen, sondern, wie er sagt, zuerst über die auskömmliche Versorgung der abgelebten Fürstlichkeiten.

Was wußt man der großen französischen Revolution geworden wäre, wenn die Franzosen statt Marceau, Danton, Marais, Robespierre usw. Gert, Kose, Gebhard, Schmidt und Dr. Edebaum usw. gehabt hätten. Es ist nicht auszumachen, aber und Weisheit wären in der Nationalversammlung geblieben und hätten den dritten Staat niedergemacht. Den Sturm auf die Bastille hätte Kose abgesehen. Ludwig XVI. würde nicht bei Kopf verloren, sondern 100 Millionen Mark gewonnen haben. Die Güter der Geistlichkeit hätte Schmidt sicher angekauft. Die Volkserhebung wäre natürlich verboten worden, und auf das Vernein des Herzogs von Braunschweig, der Paris dem Erdboden gleichmachen wollte, wenn es den König nicht wieder in die alte Macht einsetzte, hätte Gert mit einem Hock auf das Haus Bourbon geantwortet. Dann wäre natürlich auch das alte Römische Reich geantworzt. Die römischen Kaiser würden noch in Frankfurt Römer gelehrt, und in Basel regierte noch der Kaiser von Gessen, unter dem leider niemals Gebhardem Oberbürgermeister von Kassel geordnet wäre und auch keine kirchlichen Möbel erhalten hätte. Auch auf die erhebende Reichsgründungsfeier am 18. Januar hätten wir verzichten müssen. Dafür aber hätten noch alle Minister Böse, Gert, vieleicht sogar einen Daubeutel.

Schließlich ist es doch gut, daß es am Ende gekommen ist. Der liebe Gott hat halt doch alles auf weiseste eingerichtet und die großen Männer in die rechte Zeit und auf den rechten Platz gesetzt. Zepantla.

Außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter?

Eine im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Vertrauensleute der Metallarbeiter und Polierter Großberlin hat beschloß, nach völliger Klärung einhellig an die Ortsverwaltung folgende Unterforderung zu lassen: „Die heutige Generalversammlung fordert von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung bis zum 6. Februar d. J. mit der Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen und Kolleginnen zu dem Offenen Brief der B.S.P.D.? Der Referent für dieses Thema soll Heinrich Brandler von der B.S.P.D. sein.
2. Stellungnahme der Ortsverwaltung und Generalversammlung zu den Beschlüssen des erweiterten Vertrauens in Stuttgart.“

Nachdem der Kollege Paffenhäger von der Ortsverwaltung sich ganz entschieden gegen den Ausschluß von Kommunisten wegen ihres Vorwürfsdrängens in den Gewerkschaften gemeldet hatte, wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Vertrauensleute der Metallarbeiter protestieren ganz entschieden gegen den Beschluß des Vertrauens, die Kollegen der Disposition aus dem Verbande auszuschließen.

Streitig haben auch die Vertrauensleute der Dräger, die zwar eine kleine Gruppe sind (800 Kollegen), aber zu den am besten organisierten Metallarbeitern gehören, trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten denjenigen, daß sie in den kommenden Kämpfen tätig und gesteuert dem Unternehmern gegenüber treten wollen.

Achtung! Tabak, Transport- und Kartonnagen-Arbeiter! Bei der Agitationsfahrt durch die Köpenicker Straße, treffen die obengenannten Arbeiter. Der Beträger wird nicht anerkannt. Verhandlungen mit der Organisationsleitung werden von der Geschäftsleitung abgelehnt. Zugut ist fernzulegen. Die Streikleitung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

Wichtig, Holzarbeiter! Unter den „Mitte-Blau“ verschuldeten Vertrauensleuten sind folgende zu nennen: Metallarbeiter und Eisenbahner, Sonntag, den 23. Januar, mittags 9 30 Uhr in den „Arbeiter-Versteck“, Unterstr. 21. Hier werden die Produktionskosten von 3 Uhr ab ausgegeben.

